



Antje Tillmann
Mitglied des Deutschen Bundestages

Pressemitteilung

Berlin, 10. Februar 2010
Redaktion: Johannes Nehlsen

Antje Tillmann, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: +49 30 227-77019
Fax: +49 30 227-76497
antje.tillmann@bundestag.de

Wahlkreisbüro Erfurt:
Brühler Straße 4
99084 Erfurt
Telefon: +49 361 643 19 67
Fax: +49 361 644 78 59
antje.tillmann@wk.bundestag.de

Wahlkreisbüro Weimar:
Erfurter Straße 12
99423 Weimar
Telefon: +49 3643 850 582
Fax: +49 3643 850 585

Mitglied im Finanzausschuss

**Mitglied im
Vermittlungsausschuss**

**Stellv. Mitglied im
Haushaltsausschuss**

Konjunkturpaket nicht antasten!

Die Initiative der Länder, Investitionen in den Kommunen auch dann aus dem Konjunkturprogramm zu fördern, wenn sie nicht zusätzlich sind, wurde in der Anhörung des Finanzausschusses des Bundestages nicht berücksichtigt.

Die im Konjunkturpaket II durch den Bund bereit gestellten Finanzhilfen in Höhe von 10 Mrd. Euro leisten einen wichtigen Beitrag zur wirtschaftlichen Stabilität der Kommunen. Eine entscheidende Ursache hierfür ist die Maßgabe, dass nur zusätzliche Investitionen getätigt werden dürfen. Dies schafft neue Aufträge und kurbelt die Konjunktur zusätzlich an.

Die von den Ländern beschlossene Initiative zur Abschaffung des Zusätzlichkeitskriteriums konterkariert die Intention des Gesetzes. Deshalb fand der Vorschlag in der Anhörung des Finanzausschusses des Bundestages in dieser Woche auch keine Unterstützung. "Die Streichung des Zusätzlichkeitskriteriums führt zu einer Ungleichbehandlung. Kommunen, die ihre Maßnahmen bereits durchfinanziert haben, wären gegenüber Kommunen, die sich mehr Zeit gelassen haben, benachteiligt", so Tillmann.

Nach Auskunft des Städtebundes und der Stadt Erfurt sind die allermeisten Maßnahmen in Thüringen und insbesondere in Erfurt und Weimar bereits vollständig umgesetzt, so dass keine Vorteile durch die Streichung der Zusätzlichkeit gegeben wären. Profitieren würden lediglich "langsame" Kommunen, die nun mit Bundesmitteln bereits vor dem Konjunkturpaket geplante Maßnahmen nachfinanzieren könnten. Der gewünschte konjunkturelle Impuls bliebe also aus.

Tillmann plädiert vielmehr dafür, bei der späteren Überprüfung der Zusätzlichkeit im Zweifel für die Kommunen zu entscheiden.